

Pestalozzistraße – Wilhelm-Kaisen-Schule – wer ist die nächste?

Konkurrenzorientierte Schulstandortpolitik und ihre Folgen

Jürgen Burger

Die rufschädigende Ankündigung der Bildungsbehörde die Wilhelm-Kaisen-Schule zu schließen, die dann eine Woche später zurückgezogen wurde, ist der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die lange absehbar war und vor der die GEW mehr als einmal gewarnt hat. Die Weichen wurden von der Ampelkoalition 1991-1995 gestellt: Die FDP setzte die Wiedereinführung isolierter Gymnasien und die stadtweite Anwählbarkeit der Schulen der Sekundarstufe I durch. Bei der zweiten Forderung wurde sie von den Grünen tatkräftig unterstützt. Wollte die FDP durch die Abschaffung der Schulbezirke insbesondere die neuen isolierten Gymnasien stärken, hofften die Grünen auf eine verstärkte Anwahl von Gesamtschulen und Schulversuchen.

„Freier Markt auch im Schulwesen?“

Unser damaliger Landesvorstandssprecher Jan Bücking schrieb dazu 1992 in der BLZ unter dem o.a. Titel: „Sicher ist, dass die bestehende Spannbreite zwischen ‚besseren‘ und ‚schlechteren‘ Schulen zu einer Kluft würde. Vergrößert und zugespitzt gesagt: Den ‚Guten‘ geht es besser. Und dem ‚Rest‘ geht es schlechter.“ (BLZ 7/8-92, S.18).

Die Große Koalition von SPD und CDU hat in den Jahren 1995 bis 2007 durch die weitere Neugründung von isolierten Gymnasien diesen von der Ampelkoalition begründeten Trend verstärkt. Er setzt sich aus drei Faktoren zusammen:

- Die isolierten Gymnasien „entzogen“ den Schulzentren und Gesamtschulen immer mehr SchülerInnen;
- Die Privatschulquote stieg langsam, aber stetig;
- Schulen in sozial benachteiligten Regionen mit ungünstigen „Konkurrenzbedingungen“ wurden zunehmend abgewählt.

Die ersten beiden Faktoren beleuchtet folgende Tabelle:

Anteil der isolierten Gymnasien und der Privatschulen in der Sek. I (Stadtgemeinde Bremen)			
Schuljahr	Isolierte Gymnasien	Privatschulen	zusammen
1991/92 (1)	4,80%	8,50%	13,30%
1995/96	7,90%	9,10%	17,00%
2004/05	10,20%	9,20%	19,40%
2009/10 (2)	15,70%	10,80%	26,50%
(1) ab Jg. 7, da 5/6 noch OS			
(2) bis Jg. 9 wegen Gy 8			
Quelle: Schnellmeldungen des S.f.B.			

Gut ein Viertel der SchülerInnen besucht also nicht die neuen Oberschulen, die jetzt aus den Schulzentren und Gesamtschulen entstehen.

Der dritte Faktor wird deutlich, wenn man die Zahlen der Viertklässler und der Siebtklässler in den verschiedenen Stadtteilen vergleicht. Hierzu zwei besonders ausgeprägte Beispiele:

Entwicklung in den Stadtteilen nach dem 4. Jahrgang				
	Schuljahr:	4.Jahrgang	7.Jahrgang	
Mitte/östl.V	1995/96	272	335	
	2007/08	197	417	
Gröpelingen	1995/96	328	244	
	2007/08	346	226	
Quelle: Schnellmeldungen des SfB				

- In der östlichen Vorstadt besuchen mehr als doppelt so viele SchülerInnen die Sekundarstufe I, als SchülerInnen aus den Grundschulen des Stadtteils kommen. Grund ist die hohe externe Anwahl des Gymnasiums und der Gesamtschule.
- In Gröpelingen dagegen verlässt ein Drittel der SchülerInnen nach der Grundschule den Stadtteil. Der Zug geht in Richtung Walle und Innenstadt. Diese Abwanderung wirkt sich innerhalb des Stadtteils konkurrenzverschärfend aus. Die Folgen sind im Artikel von Petra Brandt in BLZ 2/10 nachzulesen: Die Pestalozzistraße als Nachbarin der seit ca. 10 Jahren gut angewählten Gesamtschule West wurde immer weniger gewählt.

Ähnliche Tendenzen gibt es in mehreren Stadtteilen. Durch die fixe Idee der Senatorin und ihrer Behörde, einige Oberschulen in Konkurrenz zu den Gymnasien mit kleinen Oberstufen auszustatten und die vorhandenen Oberstufenzentren in Berufsschulen mit angehängter kleiner GyO umzuwandeln steigt die Gefahr, dass Oberschulen, die keine Oberstufe bekommen, in den besagten Abwärtstrend geraten. Der „Fall“ Wilhelm-Kaisen-Schule wird also nicht der letzte gewesen sein, wenn keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Methoden aus dem Wilden Westen

Schulschließungen sind in Bremen keine neue Erscheinung. Als die Zahl der SchülerInnen in den 80er Jahren von über 100000 auf ca. 75000 sank, gab es das Schulschließungskonzept des Senators Franke. Es prognostizierte einen weiteren Schülerzahlrückgang und sah die Aufgabe von über 30 Gebäuden vor. Die Prognose lag falsch, wir haben seitdem stabile SchülerInnenzahlen und einige bereits geschlossene Gebäude (u.a. Hemelinger Str. und Leibnizplatz) konnten von Bürgerinitiativen für die Neugründung von Gesamtschulen „zurückerobert“ werden.

Bringfriede Kahrs verkaufte das Holter Feld an Daimler Benz, in den gewerblichen Berufsschulen wurde es eng. Auch unter Willi Lemke wurden Sek.I-Schulen geschlossen: Die Otto-Braun-Straße und die Graubündener Straße. Hier zeigte sich eine neue Tendenz: Diese Gebäude werden (wie die Stephanischule und die Rembertischule) auch nach der Aufgabe weiterhin als (private) Bildungseinrichtungen genutzt. Sie wurden also eigentlich nicht geschlossen, sondern nur „entstaatlicht“.

Im Falle der Pestalozzistraße haben wir es nun unter Rot-Grün mit einer völlig neuen Handlungsweise der Bildungsbehörde zu tun: Eine Schule wurde geschlossen und staatlich wieder gegründet. Dabei handelt es sich um die (abgewandelte) Kopie eines Verfahrens, das nicht im übertragenen, sondern im wörtlichen Sinne aus dem Westen und Süden der USA und aus England stammt. In New Orleans wurden nach der Flut an Stelle der geschlossenen Schulen „charter schools“ gegründet, vom Staat auf Vertragsbasis in Auftrag gegebene Schulen mit neuem Personal und einer besonders rigiden externen Evaluation. Noch weitergehende „Lösungen“ bietet England an: In den Randbezirken von London wurden Schulen geschlossen und in „academies“ umgewandelt, in Stiftungsschulen mit privater Trägerschaft und Finanzierung. In beiden Fällen handelt es sich um Modelle, die

unter dem neoliberalen Leitbild der freien Schulkonkurrenz entstanden sind. Eine Regulierung des Gesamtsystems wird strikt abgelehnt, man setzt auf Marktanzreize, u.a. auf die „belebende“ Wirkung von Deregulierung und Privatschulen.

CDU, FDP und Grüne: „Mehr davon“!

Die Privatschuldebatte in der Bürgerschaft, die gerade stattgefunden hat, zeigt das ungebrochene Setzen der CDU und der FDP auf die freie Schulkonkurrenz. Von der FDP wurde sogar eine Anhebung der Privatschulzuschüsse gefordert. Die Grünen halten in dieser Debatte an ihren alten Positionen aus den 90er Jahren fest, obwohl die Verhältnisse sich seitdem grundlegend verändert haben. Ihr damaliges Argument für die freie Schulwahl, Gesamtschulen und Schulversuche müssten gestärkt werden, entfällt in einem Schulsystem, das (neben den acht Gymnasien) bis zur 10. Klasse die integrierte Oberschule zur Regelschule macht. Wird sich die Ausbreitung der Privatschulen fortsetzen und noch gefördert und wird das konkurrenzorientierte Anwahlsystem nicht geändert, wird am „anderen Ende“ der Schullandschaft die Gefahr weiterer Schulschließungen wachsen.

Die Aufnahmeverordnung muss verändert werden

Als die rot-grüne Koalition auf Betreiben der Bildungsministerin eine Neuorganisation des Bremer Schulwesens einleitete, hat die GEW im Schulentwicklungsausschuss ein neues Aufnahmeverfahren für die Schulen der Sekundarstufe I gefordert. Dabei ging es nicht um die schematische Wiedereinführung der alten Schulbezirke, sondern um eine Kombination von Wohnort- und Anwahlprinzip. Alle Schulen sollten weiterhin anwählbar bleiben, bei der Aufnahme sollte aber der Wohnort die oberste Priorität erhalten. Dieses einfache und transparente Verfahren haben wir nicht selbst erfunden. Historisches Vorbild ist der Status der Versuchsschulen in der Weimarer Republik. Sie waren zugleich Bezirks- und Wahlschulen. Ein solches Verfahren entspricht am besten dem Prinzip der Stadtteilschule und ist daher für die neuen Oberschulen eine geeignete Grundlage. Sein wichtigster Vorteil liegt in der Ausschaltung unsinniger Konkurrenz. Es ist kein Allheilmittel, um die Herausbildung von „sink schools“ (so die Wortschöpfung der englischen Schulinspektion) zu verhindern. Bessere Ausstattung von Schulen in sozialen Brennpunkten und ein entsprechendes Konzept müssen hinzu kommen. Die Stundenzuweisungen aufgrund des Sozialstrukturbedarfs müssen erheblich erhöht werden. Aber ohne ein flächendeckendes stadtteilbezogenes Aufnahmeverfahren können auch gute Schul- und Unterrichtskonzepte und materielle Unterstützung leicht ergebnislos bleiben.

Die Bildungsministerin und ihre Behörde haben diese Forderung der GEW ignoriert. Ob ihre Angst vor neuen Auseinandersetzungen mit CDU, FDP und eventuell auch den Grünen oder der insbesondere von Willi Lemke als Doktrin verankerte Glaube, Konkurrenz zwischen den Schulen sei leistungsfördernd, dabei die Hauptrolle spielte, sei dahin gestellt.

In den schulpolitischen Auseinandersetzungen der letzten 20 Jahre mit ihren ständigen Umorganismierungen und neuen Schulgesetzen, geprägt durch ein labiles Kräfteverhältnis zwischen den Befürwortern und Gegnern einer flächendeckenden „Schule für Alle“ bis zu 10. Klasse, wurde häufig der „Schulfrieden“ beschworen, um die eigenen Forderungen durchzusetzen. Das neue Schulgesetz und die neue Aufnahmeverordnung sind ebenso wenig wie ihre Vorgänger dazu geeignet, diesen versprochenen Frieden zu bringen. Ohne eine Kooperation der Schulen in den Stadtteilen, ohne eine Aufhebung der unsinnigen Schulkonkurrenz wird es bei den Beschwörungen bleiben.